

2015-08-03

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am  
23.06.2015

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:10 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

**Fraktion der CDU**

Gebhardt, Roland

**Fraktion der SPD**

Tschammer, Hans

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Nach der Begrüßung stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt.

### Abstimmungsergebnis:

**7 : 0 : 0**

Die Tagesordnung wurde ungeändert, einstimmig bestätigt.

### 3 Genehmigung der Niederschriften vom 24.04.2015 und 26.05.2015

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 24.04.2015 merkte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, an, dass die Verlagerung der Zentralhalte tatsächlich nicht einstimmig, sondern mit einer Gegenstimme beschlossen wurde.

Weitere Ergänzungen gab es nicht, so dass die Niederschrift zur Abstimmung gestellt wurde.

**Abstimmungsergebnis:** **5 : 0 : 3**

Das Protokoll wurde geändert bestätigt.

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 26.05.2015 wurden keine Anmerkungen vorgebracht, so dass es durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

**Abstimmungsergebnis:** **3 : 0 : 5**

Das Protokoll wurde ungeändert bestätigt.

### 4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, informierte über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 26.05.2015 erfolgten Beschlussfassungen:

*Vergabe von Planungsleistungen  
Ersatzneubau Schwimmhalle in Dessau-Roßlau  
Vorlage: BV/041/2015/VI-65*

*Abstimmungsergebnis:* **7 :**  
*0 : 0*

*Die Beschlussfassung erfolgte ohne Änderung.*

## 5 Einwohnerfragestunde

**Herr Sven Berend, Pappelgrund 30, 06847 Dessau-Roßlau** stellte die Frage, warum auf der Muldebrücke in Richtung Roßlau die vorgeschriebene Fahrtrichtung für Radfahrer nur auf der einen Straßenseite durch Zeichen und Schilder gekennzeichnet sei. Herr Link gab daraufhin an, dass man den Sachverhalt überprüfen wolle.

Des Weiteren merkte **Herr Behrend** an, dass auf der Askanischen Straße, zwischen den Hausnummern 16 und 18, eine Warnbarke auf dem Radweg steht, welche in seinen Augen eine Gefährdung darstellt. Er bat auch hier um Überprüfung, welche durch das Tiefbauamt zugesichert wurde.

## 6 Öffentliche Anfragen und Informationen

### 6.1 Errichtung Fischaufstiegsanlage/Umgehungsgerinne am Muldewehr Dessau Vorlage: IV/020/2015/VI-83

Frau Dr. Kegler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz, gab eine kurze Einführung. Jahrelang hatte man für die ökologische Durchlässigkeit der Mulde gekämpft und viele Verhandlungen mit dem Landesbetrieb für Hochwasserschutz geführt, welcher auch für die Herstellung der Anlage verantwortlich ist. Eine ursprünglich angedachte Kombination mit einer Wasserkraftanlage ist wirtschaftlich unrentabel, so dass man sich für die Fischaufstiegsanlage und Umgehungsrinne entschieden habe. Die Hochwasserrückhaltung bzw. der Abfluss wird kaum beeinträchtigt.

Nach der wasserrechtlichen Erlaubnis im Jahr 2014, läuft derzeit die öffentliche Ausschreibung. Zwischen dem 21.09.2015 und 31.10.2017 soll die Maßnahme realisiert werden.

Die Nachfrage **Herrn Meiers, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, ob der Zugang zum Muldewehr durch Einzäunung verhindert wird, konnte **Frau Dr. Kegler** bestätigen. Die Verantwortlichkeit liegt beim Landesbetrieb. Dieser besteht auf einer Absicherung des Bereichs.

Weitere Nachfragen wurden nicht geäußert. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### 6.2 Entwurf des Radverkehrskonzeptes der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/136/2015/VI-66

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt,** teilte mit, dass zum Thema eine Bürgerveranstaltung als „Stadtgespräch“ stattgefunden hat, welche gut besucht war.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen,** sprach über die umfangreichen Stellungnahmen des ADFC, welche ihm vorlagen und die er bei Bedarf gern den anderen Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen würde. Darin enthalten seien Forderungen nach einer Abstellsatzung, da es vor allem in den Schulen Probleme mit Abstellmöglichkeiten für Fahrräder gebe. Dementsprechend gibt es den Vorschlag, im Rahmen von STARK III neue Fahrradständer in den Schulen aufzustellen.

Laut **Herrn Link, Tiefbauamt,** wurde die Konzepterstellung durch drei Workshops begleitet. Hierzu waren die verschiedenen Interessengruppen sowie Vertreter der Fraktionen eingeladen. Die Stellungnahmen des ADFC sind dadurch bereits bekannt und teilweise schon in das Konzept eingeflossen. Es enthält 64 Festsetzungen mit Erläuterungen und den entsprechenden Zuständigkeiten und zudem eine Maßnahmenliste für die Bürger. Die öffentliche Beteiligung wird im Juli und August stattfinden – am kommenden Wochenende wird im Amtsblatt entsprechend darüber informiert. Danach gilt es die Beiträge der Öffentlichkeit zu filtern.

**Herr Meier** erkundigte sich weiterhin nach der personellen Umsetzung des Konzepts. **Herr Link** gab daraufhin an, dass verschiedene Ämter daran beteiligt sind, so dass es eine übergreifende Zuständigkeit gibt. Eine Arbeitsgruppe soll vierteljährlich über Probleme sprechen. Zusätzliche Stellen werden nicht geschaffen.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen,** fragte nach einer Möglichkeit, das beigelegte Kartenmaterial in besserer Qualität zu erhalten. Die Pläne seien kaum lesbar. Dies werde überprüft, so **Herr Link.** Allerdings weist er darauf hin, dass es sich vorerst nur um ein Plankonzept handelt, in dem noch nicht jeder Radweg erfasst ist. Ein Bestandsplan mit den neuesten Details kann eventuell ins Internet gestellt werden.

Auf die Nachfrage **Herrn Pätzolds, Fraktion Die Linke,** ob die veranschlagten 500.000 EUR in die jährliche Haushaltsplanung eingehen sollen, gab **Herr Link** an, dass man sich an den vergangenen fünf Jahren orientiert hatte. Tatsächlich hatte die Verwaltung etwa diese Summe in Radverkehrsanlagen investiert. Zusätzlich dazu sind die jeweiligen Fördermöglichkeiten zu beachten. **Herr Schönemann** gab an, dass die Summe im Bürgerforum abgeglichen wurde und realistisch sei. Als längerfristiges Konzept wird es seiner Meinung nach regelmäßig in den Haushaltsdiskussionen auftauchen. In diesem Zusammenhang rief **Herr Schönemann** die Mitglieder des Ausschusses zur Rückkehr zu einer projektorientierten Arbeit auf. Es müssten Prioritäten gesetzt werden und an Entscheidungen festgehalten werden, ansonsten könnten Projekte nicht stringent genug umgesetzt werden. Hierbei wurde er durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung,** unterstützt.

Weitere Nachfragen wurden nicht geäußert. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### 6.3 "Ersatzneubau Schwimmhalle - Planungsfortschreibung Entwurfs- und Genehmigungsplanung" Vorlage: IV/024/2015/VI-65

**Herr Bekierz, Leiter des Amtes für Zentrales Gebäudemanagement**, bemerkte einfü-  
rend, dass alle Fachplaner im Rahmen der Entwurfsplanung ihre Ergebnisse eingebracht  
haben. Die Bodenuntersuchungen wurden vorgenommen, es gibt jedoch noch keine fertigen  
Analysen. Die Auswertungen werden im Zuge der Genehmigungsplanung vorgenommen.  
Aktuelle Aufgabe ist die Optimierung der Kosten und Budgetierung. Im ersten Bauausschuss  
nach der Sommerpause werden die Ergebnisse vorgestellt. Dann werden auch die Fachpla-  
ner anwesend sein, so dass die Mitglieder des Ausschusses ausreichend Gelegenheit be-  
kommen werden, Fragen zu stellen und Änderungswünsche zu äußern.

**Herr Schwabe, Fraktion der CDU**, äußerte seine Verwunderung darüber, dass die Be-  
triebskosten denen der alten Schwimmhalle entsprechen. **Herr Bekierz** gab daraufhin zu  
bedenken, dass sich die Betriebskosten weitestgehend aus der Wasserfläche ergeben. Trotz  
einer Vergrößerung der Fläche um 30% bleiben die Kosten jedoch gleich groß. **Herr Schö-  
nemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, bekräftig-  
te dies. Er gab zu bedenken, dass es sich um einen Neubau in völlig neuer Qualität und mit  
attraktiverem Angebot handelt. Dies sei mit der Südschwimmhalle nicht vergleichbar.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, übermittelt die Bürgeranfrage,  
was mit der Kunst am Bau geschehen wird. Tatsächlich wurden solche Objekte in der Ver-  
gangenheit stets mit viel Aufwand impliziert, so **Herr Schönemann**. Die Stadt ist immer dar-  
um bemüht, Kunst zu erhalten. Jedoch müsse man sich über diesen Punkt noch einmal ge-  
nauer verständigen, so **Herr Bekierz**.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, äußerte sein Unverständnis darüber, dass erneu-  
te Baugrunduntersuchungen stattgefunden haben und ein weiteres Gutachten erstellt wurde.  
Aus seiner Sicht hätte man das erste Gutachten qualifizieren und damit Kosten sparen kön-  
nen. Dies begründet sich aus der Notwendigkeit, im Rahmen des B-Plan-Verfahrens ergän-  
zende Teile erstellen lassen zu müssen, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft  
und Stadtentwicklung**. **Herr Bekierz** unterstützte dies: es gab einfache Voruntersuchun-  
gen, mit denen man grundsätzliche Möglichkeiten untersuchte. Die weiteren Untersuchungen  
dienten der Konkretisierung. Zudem konnte er die Nachfrage **Herrn Ottos**, warum nicht mit  
dem gleichen Büro weitergearbeitet wurde, dahingehend beantworten, dass dies tatsächlich  
der Fall war. Günstiger konnten die notwendigen Ergebnisse nicht erlangt werden.

Weiterhin kritisierte **Herr Otto**, dass man in den beigefügten Darstellungen zweimal das Erd-  
geschoss sehen würde. **Herr Bekierz** erläuterte, dass es sich um verschiedene Sichtweisen  
auf das Erdgeschoss handelte. Er gab jedoch zu, dass es etwas verwirrend sei und sicherte  
eine Überarbeitung für die Beschlussfassung zu.

Zudem erkundigte sich **Herr Otto** nach den Materialien für die Außenverkleidung. **Herr Be-  
kierz** erklärte daraufhin, dass man mit Hilfe von Aluminiumprofilen eine hinterlüftete Fassade  
herstellen will. Aber auch hierfür kündigte er eine detailliertere Darstellung für die nächste  
Sitzung an.

**Herr Bekierz** erlaubet sich abschließend den Hinweis, dass noch immer etwa zwei Mio. EUR  
Unsicherheit bestehen. Die Kosten können bisher nur geschätzt werden. Erst wenn konkrete  
Angebote vorliegen und abgerechnet wurde, wird man exakte Zahlen nennen können. Trotz-  
dem müssten Veränderungen transparent dargestellt und kommuniziert werden, so der  
Wunsch **Herrn Schönemanns**.

Weitere Nachfragen wurden nicht geäußert. Die Informationen wurden zur Kenntnis genom-  
men.

## 6.4 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

### Teilnahme der Stadt Dessau-Roßlau am Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ (2015) – Aktualisierung Projektauswahl

Es bestand kein Einführungsbedarf zur vorliegenden Beschlussvorlage. Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

### Ersatzneubau Muldebrücke BW 11

Leider bestehen derzeit Probleme mit der Teilleistung Abbruch, so **Frau Jung, Tiefbauamt**. Dies begründet sich dadurch, dass nach Entfernung der Fahrbahndecke festgestellt wurde, dass die Trägerkonstruktion im Außenbereich größer dimensioniert war, als in den Bestandsunterlagen aus den 1950er Jahren ersichtlich. Daraus ergab sich die Notwendigkeit einer Technologieänderung, die derzeit mit dem Baubetrieb verhandelt wird. Der große Kran, der dafür erforderlich ist, wird in der ersten Julihälfte aufgebaut werden. Danach können die Abbrucharbeiten weitergehen. Zudem laufen Abstimmungen mit der Baufirma, um den Ablaufplan zu aktualisieren und Zeitnah die Öffentlichkeit über die Änderungen informieren zu können. Parallel dazu laufen anderer Vorgänge, wie das Rammen der Spundwände und der Rückbau des Widerlagers auf der Westseite.

Die Frage **Herrn Schwabes, Fraktion der CDU**, ob das zu Zeitverzug führen wird, konnte **Frau Jung** dahingehend beantworten, dass es derzeit einen vertraglich vereinbarten Bauendtermin gibt. Allerdings wird der überarbeitete Ablaufplan darstellen, ob und welche Verzögerungen es geben wird und ob sich der Termin dadurch verschiebt.

### Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Sämtliche Stellungnahmen des Vorhabenträgers wurden zusammen mit einer Einladung zum Erörterungstermin an die Einwender verschickt, so **Frau Jung**. Die nichtöffentlichen Erörterungstermine werden in der 28. KW stattfinden. Nach Abschluss der Erörterung wird ein Protokoll angefertigt. Danach werden die Planfeststellungsbeschlüsse in die Bearbeitung gehen.

### Umgestaltung Kavalierstraße in Dessau-Roßlau

**Herr Säbel, Tiefbauamt**, berichtete, dass der Planungsauftrag für die Fachplanung erteilt wurde. Die entsprechenden Unterlagen werden nun in der Planungsgemeinschaft gesichtet und aufgearbeitet. Die bestehenden Prüfaufträge gemäß den Festlegungen vom 24.04.15 wurden übergeben. Die Vorstellung der Planung gegenüber den Gewerbetreibenden fand Anfang Mai statt. Daraus ergaben sich mehrere kreative Vorschläge. Zudem besteht eine große Bereitschaft seitens der Gewerbetreibenden, mit ihren Kunden über das Vorhaben zu sprechen und Vorschläge einzuholen. Allerdings merkte Herr Säbel an, dass nur wenige der ausgereichten Fragekarten zurückkamen. Bei den Gesprächen hat sich die massive Forderung herauskristallisiert, eine maximale Anzahl von Parkflächen entlang der Kavalierstraße zu schaffen.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, erinnerte daran, dass der gestalterische Teil durch die Beteiligung des Gestaltungsbeirates und des Kunstvereins erweitert werden sollte und fragte nach entsprechenden Vorbereitungen. Man befinde sich derzeit im Stadium der Ideensammlung, so **Frau Jung**. Ab August werden die genannten Gremien in die Bearbeitung der Ideen zusammen mit dem Pla-

nungsbüro eingebunden. Ab September sollen auch die Schüler des Philantropinums in den Gestaltungsprozess eingebunden werden. Anfang Juli werden die Planungsvorschläge im ÖPNV-Beirat vorgestellt und die kreativen Meinungen eingeholt werden.

Herr Schönemann bat um eine schriftliche Notiz, wer an der Ideenfindung beteiligt sein wird. Weiterhin regte er eine Besichtigung des Areals im Rahmen des Bauausschusses an, sobald konkrete Pläne bestehen. Vor Ort könnte man dann über die Vorschläge diskutieren.

**Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, erinnerte die Ausschussmitglieder daran, dass bisher für das Vorhaben noch kein Geld zur Verfügung steht. Allerdings befindet er sich in intensiven Verhandlungen mit dem MLV, um zu eruieren, wie das Geld bereitgestellt wird, nachdem sich die Programme dort geändert haben. Er brachte seine Zuversicht zum Ausdruck, dass das geplante Bauhausmuseum hilfreich sein wird, denn dem Ministerium sollte bewusst sein, dass auch der Zugangsbereich zum Museum repräsentativ gestaltet werden sollte.

Weitere Berichte aus dem Dezernat für Wirtschaft und Stadtentwicklung gab es nicht. Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

## 6.5 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Adamek, Fraktion der CDU**, übermittelte eine Anzeige des Liboriusgymnasiums. Auf Grund der Neuregelung der Einfahrt ins Parkhaus Teichstraße kommt es zu einer Gefahrensituation. Dort wurde ein Stoppschild entfernt, was den Schülern das Überqueren der Straße erschwert. Weiterhin scheint die Ampel im Bereich der Querung Kavallerstraße/Ferdinand-v.-Schill-Straße getrennt zu schalten, was ebenfalls bereits zu Gefahrensituationen führte. Zudem wird um eine Überprüfung der Stellplatzsituation vor dem Gymnasium gebeten. Eventuell wäre eine Umwandlung in Kurzzeitparkplätze möglich. **Herr Adamek** bat um Mitteilung bis zum 07.07.15 (Ferienbeginn), so dass eventuell bereits zu Beginn des neuen Schuljahres Ende August eine Anpassung der Situation erfolgt sein wird. **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, und **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sicherten eine Klärung der Zuständigkeiten und die Prüfung der Sachverhalte zu.

Im Zuge der Gestaltung der Kavallerstraße wies **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, erneut darauf hin, dass die Mitglieder der Fraktionen zusammen mit dem Gestaltungsbeirat und dem Kunstverein eine Entscheidung bezüglich des Stadtparkbrunnens treffen müssen. Er bat die Verwaltung einen entsprechenden gemeinsamen Termin zu organisieren.

**Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, erläuterte die angespannte Parksituation am MVZ. Er machte den Vorschlag, die Gablenzstraße für das Parken freizugeben. Im Zuge einer bereits starken unerlaubten Nutzung werden dort viele Ordnungswidrigkeiten geahndet und Verwarngelder erhoben. Zudem wollte er wissen, welche Möglichkeiten zur Schaffung neuer Parkflächen bestehen, um die Lage zu entspannen. **Herr Hantusch** gab an, diesen Sachverhalt dem Dezernat für Finanzen vorzustellen, da dort bereits interne Vorgänge laufen – auch in Hinblick auf den gesamtstädtischen Bereich. Eine gemeinsame Klärung zwischen den Dezernaten wird angestrebt.

**Herr Meier, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen**, machte eine Anmerkung zum Protokoll der Sitzung am 14.04.15. Seiner Meinung nach war die Mehrheit der Mitglieder

dafür, dass das integrierte Mobilitätskonzept nicht in der vorgestellten Art und Weise fortgeschrieben werde. Zudem fand er die Erläuterungen im Protokoll zu knapp. Er verdeutlichte noch einmal, dass dem Oberbürgermeister ein Programm vorgestellt und die Vorschläge ausführlich diskutiert wurden. In diesem Zusammenhang kritisierte er auch, dass das Mobilitätskonzept insgesamt im Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt zu wenig Beachtung finde. Aus seiner Sicht sei es nicht zufriedenstellend, dass die Politik kein Interesse an einer adäquaten Anpassung des Konzeptes hat. **Herr Schönemann** bat Herrn Meier, die Defizite darzustellen und an die Verwaltung zu übergeben, so dass die vorhandene Entwicklung entsprechend modifiziert werden könne.

Des Weiteren bat **Herr Meier** um schriftliches Material zum Anteil des Schwerlasttransportes und die Unfallstatistik mit Radfahrerbeteiligung in der Albrechtstraße. Darüber hinaus hatte er bereits im März um Zahlenmaterial zur SRV 2013 sowie zum Melde- und Zielverkehr 2014 gebeten und bisher nicht erhalten. **Frau Jung** und **Herr Säbel** vom Tiefbauamt gaben an, dass eine entsprechende Mitteilung bereits versandt wurde. Der Verbleib des Schreibens sollte geprüft werden.

Außerdem erfragte **Herr Meier** den aktuellen Fortschritt zur Neuausrichtung des Verfügungsfonds. Die Frage wird dem Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste zugeleitet.

## **7            Beschlussfassungen**

### **7.1            Zulassung einer Ausnahme von der Veränderungssperre für den künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 222 " Nahversorgungszentrum Am Leipziger Tor" Vorlage: BV/147/2015/VI-61**

Einführend erläuterte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass dieses Projekt bereits im Stadtrat zu Irritationen führte, so dass man sich Gedanken machte, wie die Auswirkungen der Restrukturierungen auf die Innenstadt begrenzt werden könnten. Es wurden intensive Gespräche mit dem Investor geführt, wodurch man sich auf ein Verfahren verständigen konnte. Es mussten seitens der Stadt Zugeständnisse gemacht werden. **Herr Hantusch** bat um die Unterstützung der Ausschussmitglieder.

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, erinnerte daran, dass man eine Konkurrenzsituation zur Innenstadt verhindern wollte und fragte, ob diese Gefahr damit gebannt sei. Eine Gefahr sei leider immer gegeben, so Herr Hantusch, sie konnte jedoch erheblich minimiert werden. Inwieweit die Situation durch die demografische Entwicklung beeinflusst werde, könne man jetzt noch nicht sagen.

Herr Dr. Melchior, Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen, schätzte die Entscheidung als sehr schwierig ein, da weitere Verkaufsflächen für Vollsortimenter geschaffen werden, die nach seiner Meinung nicht benötigt werden und die dem Zentrenkonzept entgegenstehen.



Leider bestehe hier ein Konflikt zwischen dem, was politisch gewünscht und was rechtlich durchsetzbar ist, so Herr Schönemann. Eine Verhinderung wird nur schwerlich möglich sein.

Herr Meier verwies auch auf die positiven Bedingungen, die sich für die Anwohner ergeben. Kurze Wege sind wichtig, gerade für die älteren Bewohner des Gebäudes. Weiterhin erbat er Angaben über die Situation der umliegenden Geschäfte (Auslastung / Leerstand). Dies wurde durch **Herrn Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, zugesichert.

**Frau Benckenstein, Fraktion der AfD**, erläuterte, dass eine funktionierende Wagnerpassage äußerst wichtig für die Anwohner des Quartiers sei. Die Situation sei auf Grund der Leerstände derzeit sehr negativ. Eine erneute Belegung des Gebäudes sei äußerst wichtig für den gesamten Stadtteil. Dem pflichtete **Herr Schönemann** dahingehend bei, dass der Vollsortimenter tatsächlich Impulse setzen könnte. Dies könnte zu einer Ansiedlung weiterer Einzelhandelsunternehmen und somit zur umfassenden Wiederbelegung des Areals führen. Zudem müsse man das Risiko des Investors dem Risiko des städtebaulichen Missstandes gegenüberstellen, so **Herr Meier**.

**Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, äußerte seine Ablehnung. Seiner Ansicht nach, würden die großen Unternehmensketten ihre Verkaufsflächen indirekt vergrößern (Verengung der Gänge u.ä.). **Herr Hantusch** gab an, den Investor darauf hingewiesen zu haben, dass die Gänge auf Grund der demografischen Entwicklung breiter gestaltet werden müssten. Allerdings bestehe eine Fixierung lediglich für die Gesamtfläche, nicht für die Verkaufsfläche.

**Herr Schönemann** erfragte die Meinung **Herrn Pätzolds, Fraktion Die Linke**. Dieser gab an, dass es sich nach seinem Verständnis um ein juristisches Problem handele, was eine Abwägung notwendig macht. **Herr Hantusch** gab daraufhin an, dass bei den Verhandlungen regelmäßig ein Jurist beteiligt wurde. Zudem sei das Zentrenkonzept für diesen Bereich noch nicht so weit entwickelt, dass es als Grundlage dienen kann.

Während **Herr Schönemann** seine Meinung kundtat, dass man bei einer Ablehnung mit einem Rechtsstreit rechnen müsse, verdeutlichte **Herr Dr. Melchior** erneut, dass mit den zwei Discountern und einem Vollsortimenter ein eindeutiges Überangebot bestehe.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. **Herr Schönemann** stellte die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis:**

**6 : 0 : 3**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

## **7.2 Beschluss über die Absicht von einer Festsetzung des Bebauungsplanes Nr. 161 "Krosigkstraße" zur Unzulässigkeit von Einrichtungen für soziale Zwecke zu befreien** **Vorlage: BV/149/2015/VI-61**

**Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, äußerte die Frage, ob die umweltrelevanten Vorgaben des Standortes bei dem Vorhaben ausreichend berücksichtigt wurden oder ob hier ein Widerspruch bestehe. Laut **Herrn Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, besteht ein sachli-

cher Zusammenhang zwischen dem geplanten Lehrlingswohnheim und dem unternehmerischen Konzept des Antragstellers. Andererseits steht es im Widerspruch zu den Vorgaben des Bebauungsplans. Es handelt sich hierbei um eine Ermessensentscheidung. Untersuchungsergebnisse im Bereich des Lärmschutzes liegen dem Amt vor und stehen dem Vorhaben nicht entgegen. Sollte eine Untersuchung des Amtes für Umwelt- und Naturschutz ergeben, dass die Umweltbelange ebenfalls nicht berührt werden, müsste dem Antrag stattgegeben werden. Jedoch müsse das Vorgehen stringent auf das Gesamtvorhaben ausgerichtet sein.

**Herr Trocha, Fraktion der CDU**, äußerte seine Bedenken zur Ernsthaftigkeit und Glaubhaftigkeit des Vorhabens. Nach seinen Kenntnissen war es bereits früher vorgekommen, dass in einem als Lehrlingswohnheim deklarierten Gebäude ausländische Mitarbeiter gewohnt hätten. **Herr Trocha** befürchtet, dass das auch diesmal der Fall sein könnte. Dies müsse durch die Stadt intensiv beobachtet und überwacht werden.

**Herr Schmidt** bekräftigte daraufhin noch einmal, dass auch in der Beschlussvorlage deutlich gemacht wird, dass eine Wohnnutzung an diesem Standort nicht zulässig ist. Beantragt wurde eine soziale Einrichtung und dies gilt es zu beschließen. Man müsse nach Sachlage entscheiden, bestätigte auch **Herr Schönemann**. Trotzdem erachtete er solche Hinweise als wichtig und dankte dafür.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert. Die Beschlussvorlage wurde zur Abstimmung gestellt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**6 : 1 : 2**

Die Beschlussempfehlung wurde ungeändert bestätigt.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde um 18.05 Uhr geschlossen.

## **10 Schließung der Sitzung**

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 18:10 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 10.09.15

---

Ralf Schönemann

Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt    Schriftführer